



EUROPA HEISST FREIHEIT

ÜBER DIE VERANTWORTUNG
VON DEMOKRATEN

Thomas Kunze (Hrsg.)

Mit Beiträgen von
**Beate Neuss | Hans-Gert Pöttering
Władysław Bartoszewski | Rocco Buttiglione**

ISBN 978-3-940955-91-3

www.kas.de

Bei den hier abgedruckten Beiträgen handelt es sich um die überarbeiteten Reden, die auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Europa heißt Freiheit“ am 14. Mai 2009 in Berlin gehalten worden sind.

INHALT

5 | VORWORT

7 | EUROPA HEISST FREIHEIT
ÜBER DIE VERANTWORTUNG VON DEMOKRATEN

Beate Neuss

13 | „DIE EUROPÄER HABEN DIE FÜHRUNG ÜBERNOMMEN“

Hans-Gert Pöttering

25 | DEMOKRATISCHE LEGITIMATION DER EUROPÄISCHEN
UNION UND GEMEINSAME WERTE ALS GRUNDLAGE
DER EU-REFORM

Wladyslaw Bartoszewski

31 | „EUROPA HAT EINE HUMANISTISCHE UND
CHRISTLICHE KULTUR“

Rocco Buttiglione

38 | DIE REDNER

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: © fotolia

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Druck: Druckerei Paffenholz GmbH, Bornheim

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-940955-91-3

VORWORT

„Europa heißt Freiheit. Über die Verantwortung von Demokraten“ war das Thema einer Veranstaltung, die die Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin am 14. Mai 2009 durchführte. Ziel war es, im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament zentrale Fragen im Zusammenhang mit der Verantwortung der Christdemokraten zur weiteren Gestaltung der Europäischen Union zu analysieren und mögliche Antworten zur Diskussion zu stellen.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Professor Dr. Hans-Gert Pöttering, warb für ein starkes Europa. Vor 300 Gästen im Hotel de Rome sagte er: „Nicht zuletzt der Kampf gegen den Klimawandel hat deutlich gemacht, dass wir Europäer die Führung in der Welt übernommen haben.“

Pöttering räumte ein, dass die Zustimmung zur EU höher sein könnte. „Die Freude über die Freiheit wird leider immer mehr zur Selbstverständlichkeit. Aber die Freiheit ist kein Selbstzweck“, warnte Pöttering. Den Bürgern müsse daher deutlich gemacht werden, dass Europa viele Vorteile brächte. Beispielhaft nannte er die längste Friedensphase, die der Kontinent je erlebt habe und den Euro, ohne den die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich schlimmer wären.

Als Schlüssel zu einer friedlichen Zukunft nannte Pöttering den Dialog der Kulturen. Er zeigte sich überzeugt davon, dass „wir als Christen und Nichtchristen, Juden und Muslime auch in Europa nur ein dauerhaft friedliches Miteinander haben werden, wenn wir uns im Geist der Toleranz begegnen.“

Wie zuvor Pöttering warb auch Professor Dr. Władysław Bartoszewski für den Vertrag von Lissabon. Ohne die Ratifizierung des Reformwerks durch alle Mitgliedsstaaten stehe die Europäische Union vor einer tiefen Krise. Der Vertrag sichere „die Positionierung der EU in einer zukünftigen Weltordnung“, so der frühere polnische Außenminister. Die immer

wieder europaweit formulierten Vorurteile, der Vertrag beschneide nationale Interessen und schwäche die Rechte der Bürger, bezeichnete er als falsch. Das Gegenteil sei der Fall. Voraussetzung sei aber das Engagement der Bürger. Sie müssten bereit sein, Verantwortung zu übernehmen.

Der Vizepräsident des italienischen Abgeordnetenhauses, Professor Dr. Rocco Buttiglione, betonte in seinem Vortrag die Notwendigkeit der europäischen Zusammenarbeit. „Nur gemeinsam können wir frei sein“, sagte er mit Hinweis auf die geschwächte Rolle der USA. Auch er sieht die „europäische Familie“ in Gefahr. Der öffentliche Raum müsse wieder besetzt werden. „Sonst tun es andere“, prophezeite er. Er empfahl einen offenen politischen Kampf, um leidenschaftliches Interesse an Europa zu wecken.

Die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament, denen diese Veranstaltung gewidmet war, haben uns veranlasst, die Redemanuskripte, zum Teil in überarbeiteter Form, zu veröffentlichen. Wir würden uns freuen, wenn die vorliegenden Beiträge eine weitere Auseinandersetzung mit dem Thema über die Veranstaltung hinaus anregen.

Berlin, im Juni 2009

Dr. Thomas Kunze

Leiter der Europa/Nordamerika-Abteilung

Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPA HEISST FREIHEIT

ÜBER DIE VERANTWORTUNG VON DEMOKRATEN

Beate Neuss



Sehr verehrter Herr Präsident des Europäischen Parlaments
Professor Dr. Hans-Gert Pöttering,
sehr verehrter Herr Staatssekretär und Bevollmächtigter
des polnischen Premierministers für den internationalen
Dialog Professor Władysław Bartoszewski,
verehrter Professor Dr. Rocco Buttiglione,
Vizepräsident des italienischen Abgeordnetenhauses,
verehrter Herr Laurent Schouteten,
Vorsitzender der Jugend der Europäischen Volkspartei
(YEPP),
meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete
des Deutschen Bundestages,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Gäste,

ich begrüße Sie ganz herzlich inmitten von Berlin
zu unserer Veranstaltung „Europa heißt Freiheit.
Über die Verantwortung von Demokraten“.

Ebenso herzlich begrüße ich unsere Musiker, die uns mit
dem 1. Satz: Allegro des Klarinettenquintetts op. 34. von
Carl Maria von Weber in die Veranstaltung eingestimmt
haben.

„Europa muss geschaffen werden!“ – lautete die Botschaft Konrad Adenauers. Seine Vorstellungen von einer wirtschaftlichen Verflechtung der europäischen Staaten, die Kriege verhindert und zur politischen Einigung führt, gingen auf die 20er Jahre des letzten Jahrhunderts zurück und blieben bis zu seinem Tod sein zentrales Anliegen.

Auch nach seinem Tode 1967 haben sich die europäischen Staaten dieser Botschaft angeschlossen. Heute blicken wir auf eine Europäische Union, die bereits 27 Mitglieder umfasst. Es ist heute undenkbar geworden, dass diese Staaten je wieder Kriege gegeneinander führen sollten. Die wirtschaftliche Verflechtung einerseits und die politische Einigung andererseits haben ein Europa geschaffen, das in anderen Teilen dieser Welt als ein Vorzeigemodell angesehen wird. Von Mercosur in Lateinamerika, die Afrikanische Union (AU) in Afrika, über ASEAN (*Association of Southeast Asian Nations*) in Südostasien findet die Europäische Union Nachahmer.

Europa sollte uns gerade jetzt in diesen krisengeschüttelten Zeiten eine Herzensangelegenheit sein. Vor allem politische Gründe sollten es uns wert sein, für Europa, also für Frieden und Freiheit, zu kämpfen, sozusagen Überzeugungstäter zu werden.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise mit noch nicht absehbaren Auswirkungen auf die Gesellschaften und der Klimawandel mit seinen dramatischen Auswirkungen auf unsere Umwelt sind heute die beiden größten Herausforderungen an die Politik. Mancherorts wird sogar behauptet, die größten Herausforderungen an die Demokratie.

Schon länger ist klar, national lassen sich die Probleme in Zeiten von Globalisierung und internationalen Zusammenhängen nicht mehr bewältigen. Die Europäische Union ist sich aber, wie wir am Beispiel Klimaschutz und der Energiepolitik sehen können, längst nicht immer einig, um mit einer Stimme gegenüber Weltmächten wie den USA oder China aufzutreten. Das ist weder gut für das Binnengefüge Europas noch für die politische Handlungsfähigkeit gegenüber Nicht-EU-Staaten.

Die Kluft zwischen den Institutionen und den Organisationen der EU und ihren Bürgern und Bürgerinnen scheint größer zu werden. Die Europa-begeisterung scheint abzunehmen und die Skepsis gegenüber der Europäischen Union zuzunehmen. Deutlich wird dies an der geringen Wahlbeteiligung – in Deutschland lag die Wahlbeteiligung für die letzte Wahl des EU-Parlaments 2004 bei 43 Prozent.

Deutlich wird dies auch an der Ablehnung der Europäischen Verfassung, wie sie in Frankreich, Irland und den Niederlanden bei Volksabstimmungen demonstriert wurde. Wenn aber Europa den Europäern nicht wichtig ist und sie sich nicht damit identifizieren können, droht die Gefahr eines Demokratiedefizits.

Genau hier setzt aber unsere Veranstaltung an: „Europa heißt Freiheit. Über die Verantwortung der Demokraten“. Es ist unsere Aufgabe als Demokraten, dass Europa auch weiterhin ein friedliebender, sozialer Staatenbund bleibt.

Darauf haben Sie, sehr geehrter Herr Professor Pöttering, zu recht immer wieder mit großer Betonung hingewiesen.

Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist es seit ihrer Gründung ein besonderes Anliegen, als Wegbereiter und Wegbegleiter des europäischen Einigungsprozesses zu dienen.

1976 wurde das erste europäische Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Madrid eröffnet. Kurz darauf folgten Rom, Paris und London. Brüssel ist seit 1992 die europapolitische Zentrale. Am Tage nach dem Mauerfall, also am 10. November 1989, wurde in Warschau die erste Außenstelle in Mittel- und Osteuropa eröffnet. Vor dem 1. Mai 2004 haben wir vor allem die zehn Beitrittskandidaten bei der Erfüllung der EU-Standards unterstützt und nehmen jetzt verstärkt den Balkan ins Blickfeld. Wir sind in Bulgarien und Rumänien, den jüngsten Beitrittsländern, mit Außenstellen vertreten, ebenso in Sarajevo, Skopje, Belgrad und in Zagreb.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung fördert rechtsstaatliche Strukturen, die Fortentwicklung einer sozial orientierten freiheitlichen Wirtschaftsordnung, die Gestaltung einer verantwortlichen freien Medienlandschaft – oder auf einen Begriff gebracht: Die Konrad-Adenauer-Stiftung will den Annäherungsprozess der südosteuropäischen Völker an die Europäische Union mit voranbringen und so zu Stabilität und Frieden beitragen.

Mit unserem Engagement für und in Europa erfüllen wir das Vermächtnis unseres Namensgebers. Das Streben nach europäischer Einheit war die zentrale Triebfeder der Politik Konrad Adenauers. Sein Vorbild ist uns Auftrag und Verpflichtung – vor allem im „europäischen Jahr 2009“.

2009 jährt sich nicht nur die Gründung der Bundesrepublik Deutschland zum 60. Mal. 1979, also vor genau dreißig Jahren, wurde auch die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments durchgeführt. 2009 ist für uns deshalb ein besonderes „europäisches Jahr“, weil christliche Politiker wieder an entscheidender Stelle für Europa Verantwortung tragen – so wie vor über fünfzig Jahren, als christliche Demokraten den Grundstein für die europäische Einigung legten.

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung treffen sich nun führende Vertreter eines freien Europas im wiedervereinigten Berlin, um mit uns die Verdienste der christlichen Demokratie für das zusammenwachsende Europa zu würdigen, und um gemeinsam darüber nachzudenken, welchen Beitrag wir Demokraten für die Zukunft Europas leisten können.

Unser erster Redner, Herr Professor Pöttering, gehört dem Europäischen Parlament schon seit der ersten Direktwahl 1979 an. Er sei „Europäer aus Leidenschaft“, und hat sich in den vergangenen dreißig Jahren immer für eine angemessene Rolle des Europäischen Parlaments eingesetzt. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 wird Herr Professor Pöttering der einzige deutsche Abgeordnete sein, der schon seit Anbeginn der parlamentarischen Arbeit in der Volksvertretung sitzt. Wir freuen uns sehr, dass Sie heute hier sind.

Wir freuen uns auch sehr, dass Herr Professor Bartoszewski heute wieder einmal zu Gast bei uns ist.

Bei dem Streit um die CDU-Bundestagsabgeordnete und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, der im März die Öffentlichkeit in unseren beiden Ländern aufgerührt hat und uns schon etliche Jahre beschäftigt, haben wir wohl unterschiedliche Positionen. Wortwahl und Tonlage sowie manche Begründung in der Auseinandersetzung um Frau Steinbach und die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ wurden in Deutschland und hier insbesondere auf Seiten der Christdemokraten mit zunehmendem Unverständnis und auch Ärger aufgenommen.

Aber viele erinnern sich vor allem an Ihre wichtige Rede als polnischer Außenminister im Deutschen Bundestag zum 50. Jahrestag des Kriegsendes 1995. Damals erinnerten Sie an das Böse, an das bittere Schicksal und die schweren Leiden, die Deutschland den Polen im Zweiten Weltkrieg gebracht hatte; sie beklagten aber auch das „Schicksal und die

Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben“ und Sie sprachen von dem Bösen, was in diesem Kontext auch von polnischer Hand getan wurde.

Diese Sicht der Geschichte und diese gemeinsamen europäischen Werte verbinden uns viel mehr, als uns der vergangene Streit trennt. Deshalb freut es uns, dass Sie unserer Einladung zu dieser Europa-Diskussion gefolgt sind, in der es um die Verantwortung von Demokraten im freien Europa geht.

Die Verantwortung der Christdemokraten, geehrter Herr Professor Buttiglione, haben auch Sie bereits bei den letzten Europawahlen betont: „Wenn die Christdemokraten mutig diese Wahlen bestreiten, wenn wir den Völkern die Gründe unserer Überzeugung für Europa klarmachen, wenn wir die Erinnerung an die großen Werte wiedererwecken, dann hat Europa eine Zukunft. Es liegt in unseren Händen.“ Wir stimmen Ihnen zu. Lassen Sie uns als christliche Demokraten gemeinsam daran arbeiten, das europäische Einigungswerk zu vollenden.

Dies wird uns aber nur gelingen, wenn wir auch auf die heutige Jugend in Europa eingehen und ihre Erwartungen und Fragen an die politischen Entscheidungsträger ernst nehmen. Ein vereintes Europa ist neben Klimawandel und der demographischen Entwicklung von zentraler Bedeutung für die Jugend der Europäischen Volkspartei, dessen Präsident seit diesem Jahr Herr Schouteten ist. Ich begrüße auch Sie ganz herzlich!

Aber zunächst darf ich den Präsidenten des Europäischen Parlaments und Spitzenkandidaten der CDU für die Europawahlen 2009 bitten, ans Rednerpult zu treten. Herr Professor Pöttering, Sie haben das Wort!

„DIE EUROPÄER HABEN DIE FÜHRUNG ÜBERNOMMEN“

Hans-Gert Pöttering



Verehrte, liebe Frau Professor Neuss, hochverehrter lieber Władysław Bartoszewski, lieber früherer Kollege im Europäischen Parlament und jetzt Vizepräsident des Senats, lieber Rocco Buttiglione, sehr geehrter Laurent Schouteten, liebe Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich danke der Konrad-Adenauer-Stiftung herzlich für die freundliche Einladung und die Gelegenheit, mit Ihnen über einige Grundlagen der Politik, Grundlagen für unsere Gesellschaft in unserem Land, der Bundesrepublik Deutschland, und in der Europäischen Union nachzudenken. Wir befinden uns am Anfang des Wahlkampfes und wählen am 7. Juni 2009 zum siebten Mal das Europäische Parlament. In den meisten Fragen der europäischen Politik ist das Europäische Parlament mit dem Ministerrat zu einem Mitgesetzgeber geworden und es hat sich ein kooperativer Parlamentarismus entwickelt.

Meine Damen und Herren, Frau Neuss hat den Klimawandel angesprochen und mit diesem Füller, einem Geschenk des Niedersächsischen Fußballverbandes, habe ich das Klimapakete unterschrieben. Wie Sie wissen, ist der Europäische Ministerrat gleichzeitig Gesetzgeber, der tschechische

stellvertretende Ministerpräsident hat das Dokument auch unterschrieben. Er ist nicht mehr im Amt, weil man seine Regierung gestürzt hat, was ich unverantwortlich finde während der Präsidentschaft, aber ich erwähne deswegen, dass der Präsident des Europäischen Parlaments diese Gesetzgebung unterzeichnet hat, weil aus der Sicht von 1979 dieses undenkbar gewesen wäre. Heute ist das Europäische Parlament entscheidend der Gesetzgeber zum Schutz des Klimas und die Amerikaner folgen uns. Präsident Obama hat am 5. April dieses Jahres in Prag gesagt, „wir schließen uns an“. Er hat sogar in einer anderen Rede vorher gesagt, „we will take the lead now in the fight against climate change“. Aber, liebe Freunde, meine Damen und Herren, *wir*, die Europäer, haben die Führung übernommen in der Welt und wenn wir nicht die Führung übernommen hätten, dann würde es den Kampf gegen den Klimawandel nicht geben.

Wir sollten es sagen, wir sollten es unseren Menschen sagen. Wir sollten stolz darauf sein, dass die Europäische Union die Führung übernommen hat in der Bewahrung der Schöpfung, wie wir es als Christen sagen. Ich war in einem großen Zementunternehmen vorgestern und da hat man uns bescheinigt, wir hätten etwas Gutes getan. Wir hätten die richtige Balance gewahrt, indem wir einerseits für die Wirtschaft und die Sicherung der Arbeitsplätze etwas tun und andererseits auch für die Bewahrung unserer Umwelt oder unserer Schöpfung. Es ist bedauerlich, dass die Menschen dieses gar nicht hinreichend wissen. Der Einfluss und die Macht des Europäischen Parlaments sind immer stärker geworden in den letzten Jahren und haben eine gute Entwicklung genommen.

Aber es ist auch wahr, wie Frau Prof. Neuss es gesagt hat, dass die Zustimmung zur Europäischen Union oftmals nicht mehr so ist, wie wir es uns wünschen. Wenn ich in Ihre klugen und intelligenten Gesichter schaue, dann brauche ich Sie nicht aufzufordern, am 7. Juni zu wählen. Aber ich bitte Sie, dass Sie alle Ihre Familien, Ihre Verwandten, Ihre Nachbarn mitnehmen, sie überreden, dass diese Wahl zum Europäischen Parlament von besonderer Bedeutung ist, damit wir am 7. Juni 2009 auch eine hinreichende Legitimation erreichen.

Ich möchte Ihnen einige Überlegungen vortragen, warum ich zutiefst davon überzeugt bin, dass das Motto dieser Veranstaltung richtig ist: Europa heißt Freiheit.

Wir finden die Bestätigung dieses Mottos beim Blick in die Geschichte unseres Kontinents und beim Gang durch unsere Gegenwart. Europa heißt Freiheit, weil wir dank der europäischen Einigung in der längsten Phase des Friedens leben konnten, die jemals auf unserem Kontinent bestanden hat.

Europa heißt Freiheit, weil die Einigung Europas die wirkungsvolle Alternative zu allen Formen totalitärer Herrschaft geworden ist, die so vielen Menschen auf unserem Kontinent entsetzliches Leid zugefügt hat. Władysław Bartoszewski ist die Persönlichkeit, die den Totalitarismus, zunächst den des Nationalsozialismus und dann den des Kommunismus auch in den Gefängnissen ertragen hat, und deswegen gilt Ihnen, wie Sie dem widerstanden haben, lieber Władysław Bartoszewski, meine höchste Achtung.

Europa heißt Freiheit, weil nur in der Einheit Europas der Schlüssel zur Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes gelegen hat.

Europa heißt Freiheit, weil in diesem heute geeinten Europa erstmals fast alle Völker unseres Kontinents in einem Werk der Zusammenarbeit ihr Schicksal aneinander gebunden haben.

Europa heißt Freiheit, weil die Politik der Europäischen Union uns die unendlichen Vorteile des gemeinsamen Marktes gebracht hat, allen voran die gemeinsame Währung. Ohne den Euro sähe es für uns alle in der derzeitigen Wirtschaftskrise noch weit schlechter aus. Ohne den Euro wären wir in großen Turbulenzen. Wir haben allen Anlass, heute dem Ehrenbürger Europas, Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl, für seinen konsequenten Weg zur Einführung des Euro und auch seinem Finanzminister Theo Waigel, der zu unserer Freude jetzt der Ehrenvorsitzende der CSU wird, herzlichst zu danken für diese weitsichtige Tat.

Europa ist Freiheit, weil es die Grenzpfähle überwunden hat, die sich viel zu lange zwischen das Leben von Menschen geschoben hatten, die zusammengehören und miteinander in Frieden leben wollen.

Meine Damen und Herren, ich werde es mein Leben lang nicht vergessen, als am 21. Dezember 2007 unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Ministerpräsident Polens, Donald Tusk, der ein guter Freund ist, der so denkt, wie wir überzeugte Europäer, wie Mirek Topolanek, der bedauer-

licher Weise gestürzte Ministerpräsident Tschechiens, der Präsident der Kommission José Manuel Durão Barroso und der damaligen Präsident des Europäischen Rates, José Sócrates, der Ministerpräsident Portugals und der Präsident des Europäischen Parlaments in Zittau an der Grenze zu Polen und zu Tschechien den Grenzmasten weggeräumt haben. Formell und technisch heißt das Erweiterung des Schengenraumes.

Meine Damen und Herren, in dieser Minute ist mir durch den Kopf gegangen, was früher Grenzen bedeuteten. Über die Grenzen sind Soldaten marschiert. Das Ergebnis war Elend, Not und Tod. Heute sind wir mit unseren polnischen Nachbarn und mit den Tschechen und den vielen anderen – wie es so schön in der Berliner Erklärung vom 25. März 2007 heißt: Wir sind zu unserem Glück vereint. Meine Damen und Herren, bei allen Erschwernissen, die wir in der Politik erleben, wir sind heute eine politische Familie und wir sollten uns heute auch von Herzen darüber freuen, dass wir in der Europäischen Union zu unserem Glück vereint sind.

Die Freiheit im heutigen Europa gehört zu den größten Wundern unseres Lebens und unserer Zeit. Aber ich weiß, dass die Freude über die Freiheit nur zu rasch zu einer Selbstverständlichkeit wird, die wir nicht mehr recht zu würdigen wissen. Freiheit muss immer wieder neu begründet und auf immer neue Weise gelebt werden. Deshalb ist Freiheit nicht einfach ein Selbstzweck, und als Christliche Demokraten sprechen wir daher immer wieder von verantworteter Freiheit. Wir wollen zum Ausdruck bringen, dass Freiheit in Bezug steht zur Verantwortung, zum Gewissen des Menschen. Das ist keine moralische Bevormundung. Es ist die Einsicht in die historische Erkenntnis, dass Freiheit und Verantwortung zusammengehören, wenn die Freiheit dauerhaft sein soll. Freiheit ist immer bezogen auf unsere Mitmenschen, auf die Umstände, in denen wir leben. Wir leiten unser Verständnis von der Freiheit nicht einfach aus dem Lebensalltag und den unmittelbaren Wünschen ab, die wir als Zeitgenossen der Konsumgesellschaft haben. Wir wünschen allen Menschen ein Leben des Glücks nach den eigenen Entwürfen ihres Lebens. Wir beschneiden nicht die Freiheitsideen der Menschen und wir bevormunden niemanden in der Frage, welche Freiheit er mit seiner oder ihrer Freiheit meint. Aber wir zeigen als politische Kraft Orientierungspunkte auf, auf die sich aus unserer Überzeugung die Freiheit bezieht, die wir so gerne in aller ihrer Vielfalt leben.

Für uns gründet Freiheit im christlichen Menschenbild. Es ist dies ein Bild des Menschen, der seine unverwechselbare Würde von unserem Schöpfer empfangen hat. Niemand kann uns die menschliche Würde nehmen. Man kann die Menschenwürde eines anderen mit Füßen treten, wie Władysław Bartoszewski es erlebt hat, aber doch bleibt dem Getretenen seine eigene, unverwechselbare Würde und derjenige, der die Würde eines anderen beschädigt, verletzt im Grunde seine eigene Würde mehr als die seines Opfers. Wir treten ein für die unbedingte Würde des Menschen als Maßstab unserer Politik.

Ich bin am vergangenen Freitag mit dem Sejm-Marschall, dem Präsidenten des polnischen Parlaments, meinem Freund Bronislaw Komorowski, im Konzentrationslager Sachsenhausen gewesen. Wir haben dort Ermordeten, auch der ermordeten Polen, gedacht und ich war glücklich darüber, in dieser furchtbaren Stunde einen Mann an meiner Seite zu haben, den Präsidenten des Parlaments von Polen, mit dem mich nicht nur eine persönliche Freundschaft verbindet, sondern das gemeinsame Bewusstsein von der Würde des Menschen. Dass wir dieses heute teilen können, ist ein Glück für unsere Völker und für unseren Kontinent.

Die Menschenwürde verbindet unser eigenes Leben immer auch mit dem Dasein der anderen Menschen. Niemand hat sich alleine geboren, keiner kann alleine leben. Freiheit bezieht sich also immer auf die Freiheit des anderen. Was in der christlichen Tradition Nächstenliebe heißt, nennen wir in der Politik Solidarität. Wir sind überzeugt, dass Freiheit und Solidarität zusammengehören. Sonst bleibt auch der Grundwert der Gerechtigkeit eine Formel und seelenlos. Wir wollen Gerechtigkeit, weil sie der Freiheit desjenigen entspricht, für den wir uns einsetzen und wir setzen uns für ihn ein, weil wir solidarisch mit ihm sind. Wir sind also nur dann wirklich gerecht, wenn wir uns Auskunft über das Verhältnis dieser Gerechtigkeit zu Freiheit und Solidarität gegeben haben. Dieses Verständnis des Menschen bestimmt unsere Politik für den Menschen.

Unsere Politik für Europa, in der Europäischen Union ist diesem Ideal verpflichtet. Mehr noch: wir sind überzeugt, dass die Einigung Europas diesem Ideal der Freiheit entsprungen ist. Der erste große Europäer, der diesen Zusammenhang dargelegt hat, war Robert Schuman. Erst vor wenigen Tagen, am 9. Mai 2009, konnten wir den Europatag begehen. Dabei erinnern wir uns jährlich neu der großartigen Leistung, die Robert Schuman inspiriert durch Jean Monnet mit seiner später nach ihm be-

nannten Erklärung am 9. Mai 1950 vollbracht hat. Er hat die sicherheitspolitische Strategie Frankreichs grundlegend verändert. Er wollte Sicherheit mit Deutschland und nicht mehr Sicherheit gegen Deutschland.

Er wollte Sicherheit mit Deutschland, indem beide Länder die wichtigsten Rohstoffe, die sie immer wieder zu Kraftmeierei und Krieg gegeneinander verwendet hatten, unter eine gemeinsame Autorität stellen. 1951 kam es zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Ihre hohe Behörde wurde der Vorläufer der heutigen Europäischen Kommission. Das Werk von Robert Schuman ist längst in der Geschichte unseres Kontinents verwurzelt und in vielerlei Hinsicht auf damals ungeahnte Weise großartig weiterentwickelt. Aber immer wieder lohnt es, dass wir uns an den Kern seines Denkens erinnern. Er wollte nicht einfach den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland. Er wollte ihn als tiefen Ausdruck seines christlichen Freiheitsverständnisses. Er wollte einen christlichen Humanismus und deshalb gab es für ihn nur eine Antwort auf die schlimmsten Katastrophen Europas: die europäische Einigung.

Es ist also kein Zufall, meine Damen und Herren, wenn wir Christliche Demokraten in Robert Schuman einen der ganz großen Gründerväter der europäischen Einigung in besonderer Weise ehren. Robert Schuman war ein Mann des Glaubens und des Friedens, der Versöhnung und der Freiheit. Er lebte als Grenzgänger zwischen Deutschland, Luxemburg und Frankreich. Als Student war er auch in Berlin. Später machte er Karriere in Paris und war der am längsten dienende Außenminister der Vierten Republik. Robert Schuman war ein ganz großer Europäer und deshalb ist er für unsere politische Familie in der Europäischen Union bis heute ein hochverehrtes Vorbild. Es war und ist ein großes Glück, dass er in Konrad Adenauer einen Mitstreiter, einen Weggefährten gefunden hat, in der Gemeinsamkeit des christlichen Glaubens und der europäischen Überzeugungen und Ideale.

Meine Damen und Herren, wir treten für die europäische Einigung nicht nur ein, weil sie wirtschaftlich vernünftig ist. Wir treten auch für sie ein, weil sie moralisch alternativlos ist. Wir wollen das politisch geeinte Europa, denn es ist der beste Rahmen für die Entfaltung der menschlichen Freiheit in Vielfalt, den wir uns in Europa vorstellen können.

Europa ist eine Wertegemeinschaft. Sie gründet in gemeinsamen politischen Wertüberzeugungen, die ihre Wurzeln in unterschiedlichen weltanschaulichen Traditionen haben. Gemeinsam haben sie eine neue politi-

sche Kultur in Europa entstehen lassen. Die Kultur der europäischen Einigung. Sie ist auf die Kooperation und den Interessenausgleich gegründet. Sie berücksichtigt die Interessen aller beteiligten Völker und Staaten. Sie akzeptiert nicht die Dominanz irgendeines Staates oder Volkes über die anderen Staaten und Völker Europas. Ich möchte diejenigen mahnen, die zwar richtige Ziele in der gegenwärtigen Situation haben, was die Finanzen und die Offenlegung von Bankkonten angeht, sich nicht einer Sprache zu bemächtigen, die andere Völker verletzt. Ich wiederhole: Die Europäische Union akzeptiert nicht die Dominanz irgendeines Staates oder Volkes über die anderen Staaten und Völker Europas. Sie hat eine Kultur der Verantwortung hervorgebracht, die einzigartig ist in der europäischen Geschichte.

Der unbedingte Einsatz für die Menschenwürde gilt aber nicht nur im Inneren Europas. Er bezieht sich nicht nur auf die Lehren, die wir aus der Politik der Staaten Europas in früheren Jahrhunderten gezogen haben. Unser Menschenbild ist universal. Deshalb kommt dem Dialog der Kulturen eine so hohe Bedeutung zu. Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen kann auf dieser Welt nur gelingen, wenn wir uns mit gegenseitiger Achtung und Toleranz begegnen. Die Politik muss hier vorangehen. Deshalb setze ich mich so leidenschaftlich für den Dialog der Kulturen ein, vor allem auch den Dialog zwischen Europa und der arabisch-islamischen Welt. Aber, meine Damen und Herren, dieser Dialog gründet sich auf Wahrhaftigkeit und es ist ein gegenseitiger Prozess der Toleranz. Toleranz ist keine Einbahnstraße.

Ich habe, wenn Sie mir gestatten, dieses Beispiel zu berichten, kurz vor Weihnachten vier arabische Staaten besucht: Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Saudi-Arabien. In der Hauptstadt von Oman, Maskat, gibt es eine katholische Kirche, die ich an einem Freitag besuchen konnte. Die Gläubigen dort – in all diesen Ländern leben hunderttausende Gastarbeiter, die Christen sind, von den Philippinen, von Indien, von Bangladesch – sie beteten in Maskat, in dieser katholischen Kirche nicht nur für den Gast aus Europa, sondern sie haben auch für den moslemischen Sultan gebetet. Ich habe gefragt, „warum betet ihr für den Sultan?“, die Antwort war, „weil er es uns ermöglicht, unseren Glauben zu leben“. Als ich am nächsten Morgen beim Sultan war, habe ich ihm gesagt, „Majestät, die Christen haben gestern für Sie gebetet“. Er hat sich gefreut. Das ist ein Beispiel.

Aber in Saudi-Arabien, wo man anerkennend sagen muss, dass der König sich bemüht, langsam sein Land zu öffnen, gibt es nicht eine einzige christliche Kirche. Als ich sagte, „Sie verlangen von uns, dass es Moscheen und Gebetshäuser in Europa gibt und Sie verlangen es zurecht, aber wir erwarten auch von Ihnen, dass die Christen in Saudi-Arabien ihren Glauben leben können“, war die Antwort „auch im Vatikan gibt es keine Moschee“. Meine Antwort war: „Sie können nicht das ganze Saudi-Arabien zu einem islamischen Vatikan erklären.“ Wenn wir den Dialog der Kulturen wollen und den *clash of civilisation* verhindern wollen, dann kann dieses keine Einbahnstraße sein. Wenn wir die Anderen respektieren in ihrem Glauben, dann erwarten wir auch als Christen – und man muss nicht religiös sein, um dieses zu sagen – erwarten wir auch von der moslemischen Welt, dass unsere Werte, wenn man sie schon nicht akzeptiert, das kann man nicht erwarten, aber respektiert werden und wir müssen es ihnen sagen, meine Damen und Herren.

Der unbedingte Einsatz für die Menschenwürde gilt nicht nur im Innern Europas und darauf habe ich Bezug genommen. Als Christ bin ich überzeugt, dass es Frieden, Ausgleich und Versöhnung im Nahen Osten nur geben kann, wenn sich Juden und Muslime miteinander auf eine Zwei-staatenlösung verständigen, die das legitime Sicherheitsbedürfnis Israels und das Recht der Palästinenser auf Leben in einem eigenen Staat in fairer Weise miteinander in Einklang bringt.

Ich bin ebenso davon überzeugt, dass wir als Christen und Nichtchristen, Juden und Muslime auch in Europa nur ein dauerhaft friedliches Miteinander haben werden, wenn wir uns im Geist der Toleranz begegnen. Der Dialog der Kulturen ist der Schlüssel zu einer friedlichen Zukunft.

Meine Damen und Herren, der Gedanke der Freiheit leitet uns, wenn immer wir an die Zukunft Europas denken. Das große Geschenk der Freiheit, das wir 1989 erfahren haben, ist nun schon zwanzig Jahre alt. Lieber Herr Bartoszewski, ich werde am 3. Juni 2009 auf Einladung von Bronislaw Komorowski zum 12. Mal in meiner Amtszeit in Polen sein und ich finde, das ist eine wunderbare Erfahrung, dass wir uns heute trotz aller Diskussionen, die es hier und da gibt, so nah sind.

Es ist an der Zeit, dass wir uns darüber Rechenschaft geben, was wir in unseren Gesellschaften und Staaten mit dieser Freiheit, aus diesem Geschenk gemacht haben. Die Bilanz, um es offen und ehrlich zu sagen,

ist zweischneidig. Einerseits haben sich in den meisten europäischen Staaten seit dem Fall der Mauer demokratische Strukturen der Rechtsstaatlichkeit etabliert, aber noch immer beklagen wir die spätautoritäre Regierung in Belarus und wir wissen nur zu gut, wie unzulänglich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland sind. Ich möchte hier wiederholen, was ich am vergangenen Donnerstagnachmittag bei der Begründung der östlichen Nachbarschaft in Prag gesagt habe in Anwesenheit des Repräsentanten von Weißrussland: Es gibt in Vilnius, der Hauptstadt Litauens, eine Exiluniversität, die European Humanitarian University, eine gesellschaftswissenschaftliche Universität, die der letzte Diktator Europas, Lukaschenko, in Minsk, der Hauptstadt Weißrusslands geschlossen hat. Dort in Vilnius studieren jetzt die jungen Leute, wunderbare junge Leute. Die haben zu mir gesagt, „vergesst uns nicht in der Europäischen Union, wir wollen so leben wie ihr in Demokratie und in einer Rechtsordnung“. Ich habe den stellvertretenden Ministerpräsidenten Weißrusslands daran erinnert, dass wir von Weißrussland erwarten, dass die Studenten dorthin zurückkehren können, damit sie auch dort in ihrem eigenen Land in Freiheit, in Demokratie und in einer Rechtsordnung studieren können. Wir dürfen uns nicht selbstzufrieden zurücklehnen, unsere eigenen Werte genießen. Wir müssen uns für die Werte der Menschen überall in Europa und in der Welt einsetzen.

Meine Damen und Herren, wir haben vier furchtbare Kriege im ehemaligen Jugoslawien erlebt und wir wurden Zeuge des Blutvergießens in Kaukasus, erst in Tschetschenien und dann in Georgien. Wir haben das Wunderwerk der Osterweiterung um insgesamt zehn ehemalige kommunistische Staaten erlebt und es war am 2. Juni genau vor dreißig Jahren, als Johannes Paul II. nach Polen reiste, um seinen Landsleuten zuzurufen: „Habt keine Angst!“ Ohne Johannes Paul II. und ohne Solidarność wäre auch Deutschland nie geeint und lassen Sie uns dieses nicht vergessen. Aber ich füge auch hinzu, dass die über zwölf Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge, die in das westliche Deutschland kamen, auf Rache verzichteten, dass sie sich der Einigung Europas verpflichtet haben und dass sie ihren Beitrag geleistet haben, dass Deutschland nicht in Chaos verfiel, sondern sie haben diese freiheitliche Bundesrepublik Deutschland mit aufgebaut und deswegen haben wir Anlass, auch den Vertriebenen für diese großartige Leistung von Herzen zu danken.

Wir haben Europa geschaffen, aber nicht wirklich Europäer und das ist das Bedauerliche. Wir haben funktionierende und funktionsfähige Institu-

tionen in der Europäischen Union, aber stehen erst am Anfang eines übernationalen Solidaritätsverständnisses zwischen den Menschen und Völkern in der Europäischen Union. Wir haben die Europäische Union auch als eine handlungsfähige Kraft in der Weltpolitik, aber wir haben immer noch zu wenige Europäer, die ihr Engagement aus dem Verständnis beziehen, als Unionsbürgerinnen und Unionsbürger mit verantwortlich zu sein für das Schicksal der Europäischen Union insgesamt. Ich beschreibe einen komplizierten und gewiss noch länger dauernden Prozess. Auch in jedem unserer europäischen Nationalstaaten hat es lange gedauert, ehe Bürgerloyalität entstanden ist. Im heutigen Europa kann es deswegen kaum anders sein. Dabei zwingt uns die Globalisierung, schneller zu handeln und rascher unsere Mentalitäten anzupassen. Die europäische Einigung ist unsere Antwort auf die Globalisierung und unser Beitrag zu ihrem Gelingen. Deshalb brauchen wir keine Angst vor der Globalisierung zu haben, sondern müssen sie gestalten, auch besser gestalten, wo nötig.

Die Reaktionen und Aktionen unserer Regierungen und der europäischen Institutionen, einschließlich des Europäischen Parlaments, auf die Weltwirtschafts- und Finanzkrise sind für mich alles in allem ermutigend. Europas Solidarität hat sich bewährt. Man könnte sich manchmal natürlich noch mehr europäische und zügigere Entscheidungen wünschen, aber alles in allem waren die Aktivitäten der europäischen Politik der Krise angemessen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie mal daran denken, wie lange die Föderalismusdiskussion in Deutschland gedauert hat, über Jahre. In der Europäischen Union sind wir 500 Millionen Menschen. Das sind 200 Millionen Menschen mehr als in den Vereinigten Staaten von Amerika leben. Bei diesen vielen Mentalitäten und Überzeugungen ist es kein Wunder, dass es auch etwas länger dauert. Aber die Klimaschutzgesetzgebung hat an Fahrt gewonnen unter deutscher Präsidentschaft im März 2007 mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel, und im Dezember 2008 haben wir im Europäischen Parlament die Gesetzgebung abgeschlossen. Ich glaube, wir können stolz darauf sein, was wir erreicht haben.

Meine Damen und Herren, ohne die Strukturen der Europäischen Union wäre vieles von dem, was wir in den vergangenen Monaten erlebt haben, kaum möglich gewesen. Wir alle wissen, angesichts des weltweiten

Ausmaßes, der Herausforderungen gibt es nur gemeinsame Lösungen, die uns weiterhelfen. Europa kann zwar nicht alle Probleme lösen, aber ohne die Europäische Union könnten wir keines der großen Probleme lösen. Zur Freiheit gehört das Recht und die Europäische Union ist eine Rechtsgemeinschaft. Heute hat das Recht die Macht und nicht wie in jeder Generation vor uns hat die Macht Recht. Deswegen brauchen wir den Vertrag von Lissabon, weil er die demokratischen Strukturen der Europäischen Union auf allen Ebenen stärkt, die Europäische Union handlungsfähiger macht. Der Vertrag von Lissabon ist unsere Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Völker in der Europäischen Union im 21. Jahrhundert und wir werden alles tun, um diesen Vertrag Wirklichkeit werden zu lassen.

Wir werden weiter dafür werben, dass der Gedanke der Solidarität und der Gedanke des Interessenausgleichs Leitmotiv der europäischen Politik bleiben. Deshalb sollten wir durch eine hohe Wahlbeteiligung am 7. Juni 2009 das Europäische Parlament stärken. Es ist Advokat der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger und das Europäische Parlament wird auch in Zukunft Motor der europäischen Integration sein unter Bewahrung der Vielfalt unserer Mitgliedsländer, der Regionen, unserer Städte und Gemeinden. Deshalb müssen wir es klar und deutlich sagen: Europa heißt Freiheit.

Vielen Dank.

DEMOKRATISCHE LEGITIMATION DER EUROPÄISCHEN UNION UND GEMEINSAME WERTE ALS GRUNDLAGE DER EU-REFORM

Władysław Bartoszewski



Sehr geehrte Konferenzteilnehmer,
geschätzte Damen und Herren,

Wolfgang Schäuble machte unlängst in der *Stuttgarter Zeitung* (von 18. Februar 2009) eine Bemerkung, die – wie ich denke – als ein gutes Motto unserer heutigen Veranstaltung dienen könnte: „Freiheitliche Verfassungen leben ja nicht davon, dass der Staat alles regelt, sondern dass die von ihnen profitierenden Bürger und Institutionen selbst wissen, dass Freiheit auch eigene Verantwortung bedeutet“. Über diese Verantwortung möchte ich in meinem Vortrag sprechen. Aber nicht nur über die Verantwortung der Demokraten, sondern – etwas umformulierend – über *unsere* Verantwortung *gegenüber* der Demokratie und gegenüber Europa.

Vor fast einem Jahr verunglückte mein persönlicher Freund, der engagierte Europäer Professor Bronisław Geremek, tragisch. Im Kontext der anwachsenden Probleme, mit denen die Europäische Union konfrontiert wird, pflegte er zu sagen, dass die EU im gewissen Maße

zum Opfer des eigenen Erfolges zu werden drohe oder auch, dass sie im positiven Sinne eine gewisse kritische Masse erreicht habe. Und tatsächlich war die bisherige Entwicklung der EU eine Erfolgsgeschichte, obwohl dies gelegentlich vergessen wird.

Es genügt allein auf die Schaffung eines effizient funktionierenden europäischen Binnenmarktes hinzuweisen, wodurch früher das wirtschaftliche Wachstum Westeuropas neuen Aufschwung erhalten hat und dank dessen gegenwärtig die neuen Mitgliedsstaaten enorme Entwicklungsmöglichkeiten gewinnen. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nimmt langsam – wenn auch mühevoll und nicht ohne Schwierigkeiten – Gestalt an, darunter als wichtige Komponente: die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Ferner sollte ich hinweisen auf eine Reihe wichtiger Entscheidungen in Bezug auf den Raum der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit und – was von besonders spürbarer Bedeutung für die Bürger der Union ist – auf die Erweiterung des Schengengebietes, wo die Grenzen im formellen Sinne abgeschafft wurden und die Menschen nahezu uneingeschränkte Bewegungsfreiheit erhalten haben.

Ein Zeichen der Erfolgsgeschichte der Europäischen Union ist schließlich auch das diesjährige fünfte Jubiläum der „großen“ Erweiterung. Es war bestimmt eine genauso mutige wie notwendige Entscheidung, die dazu geführt hat, dass in den Jahren 2004 und 2007 die Zahl der Mitgliedsstaaten von 15 auf 27 angewachsen ist. Das führte wiederum zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der Demokratie und der Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa, aber es gab gleichzeitig auch neue Impulse für schnelleres wirtschaftliches Wachstum in den „alten“ Mitgliedsländern. Die „große“ Erweiterung von 2004 und die Nachfolgende in 2007 besiegelten die Epoche des politischen Wandels in der Region, angefangen in den denkwürdigen Wendejahren 1989/90. Heute blickt die Union einer weiteren Erweiterung entgegen und der möglichen Aufnahme der Länder des Westbalkans, angefangen mit Kroatien. Auch diesmal wäre es eine Entscheidung mit erstrangiger Bedeutung für die weitere Entwicklung der demokratischen Rechtsordnung in diesem – wie die Geschichte zeigte sehr konfliktanfälligen – Winkel des Kontinentes.

Und dennoch, trotz all dieser erwähnten Erfolge steht die gegenwärtige Union ohne Zweifel vor einer tiefen und ernstzunehmenden Krise. Dabei geht es nicht bloß um die Niederlage des Verfassungsvertrages oder Probleme mit der Ratifizierung des so genannten Lissabonner Vertrages.

Sie sind nämlich eher symptomatische Erscheinungen der allgemeinen Lage der EU und ihre Folgen. Es geht vielmehr um tiefer reichende Fragen. Sie betreffen die Gestalt des inneren Systems der Union, der ökonomischen Richtung der weiteren Entwicklung des Binnenmarktes, der künftigen Positionierung der EU in der zukünftigen Weltordnung, die Fortsetzung der Erweiterungsstrategie und die Position einzelner Mitgliedsstaaten im Entscheidungsprozess der Union. Einen umfassenden, gemeinsamen Nenner stellt bei dieser Krise eine gewisse Ratlosigkeit der modernen Demokratien bei ihrer Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Globalisierung dar.

Es ist nicht meine Aufgabe und darüber hinaus übersteigt es sowohl meine Kompetenzen als auch das Thema der heutigen Konferenz, zu allen diesen Punkten Stellung zu nehmen. Es wäre auch in der knappen Zeit wohl kaum möglich. Aber ich möchte mich auf jene demokratischen Voraussetzungen konzentrieren, von denen die Bedingungen zur Überwindung der gegenwärtigen EU-Krise geschaffen werden und die einen Erfolg in der europäischen und globalen Skala ermöglichen sollten. An dieser Stelle möchte ich auf zwei, wie ich denke, stets aktuellen Thesen zurückgreifen, die ich bereits vor zehn Jahren formuliert habe, als ich – damals im Amt des polnischen Außenministers – über die künftigen Reformen der EU reflektierte. Ich stellte fest, dass über die neue Gestalt der EU vor allem auf zweierlei Weise entschieden werden kann: *erstens*, durch klare Formulierung des gemeinsamen Wertekatalogs und *zweites* – was im Kontext der heutigen Konferenz besonders hervorzuheben ist – durch Sicherung umfassender demokratischer Legitimation der EU-Strukturen. Aufrufe zur „Durchschaubarkeit“ und „Bürgernähe“ sind natürlich sinnvoll und wichtig, aber gegenwärtig reichen sie nicht mehr aus. *Die künftige Union muss die Bedingungen einer modernen Demokratie erfüllen.*

Die nicht unkomplizierte Ratifizierungsprozedur des Lissabonner Vertrags nähert sich nun (hoffentlich) ihrem Ende. Dieser Vertrag – ähnlich wie der vorherige Verfassungsvertrag – mag kein Paradebeispiel der idealen Schöpfung internationaler Legislatur sein. Dies wäre auch wahrscheinlich im Fall eines Abkommens, welches von 27 Staaten verhandelt wurde und ein Ergebnis eines schwierigen Kompromisses darstellt, kaum möglich. Für mich jedoch am wichtigsten ist, inwieweit er den beiden bereits genannten Voraussetzungen entgegen kommt, die in meinen Augen zu den Bedingungen des Erfolges der gesamten Union gehören. Ich bin über-

zeugt, dass der Vertrag von Lissabon sowohl dem gemeinsamen Wertekatalog mehr Aussagekraft verleiht, als auch zu entschiedener Verstärkung der demokratischen Legitimation der EU und der Demokratie überhaupt beitragen wird.

In den Vordergrund rücken die verstärkte Rolle des Europäischen Parlaments und besonders die Teilnahme der nationalen Parlamente an den Angelegenheiten der Gemeinschaft. Diesem zweiten Thema wird in den meisten Mitgliedsstaaten – darunter in Polen – zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ich muss gestehen, dass ich mit gewisser Verwunderung beobachtet habe und immer beobachte, wie die Parlamentarier in manchen Ländern verbissen gegen den Vertrag auftreten, der gerade ihnen und den nationalen Parlamenten eine besonders starke Position bei der Kontrolle der EU-Entscheidungen garantiert. Es geht dabei doch nicht bloß um den bekannten Mechanismus, der den nationalen Parlamenten erlaubt, die Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes im Auge zu behalten. Vielmehr würden die nationalen Parlamente – nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages – die Möglichkeit bekommen, alle wichtigen Handlungen im Rahmen des gemeinsamen Raumes von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit zu überwachen (besonders die Arbeit von Europol und Eurojust). Sie bekommen auch Kontrollinstrumente bei grundlegenden Entscheidungen über die strukturellen Angelegenheiten der EU, wie zum Beispiel bei dem Übergang von der Einstimmigkeit im Rat zur Mehrheitsentscheidung oder dem Übergang von dem speziellen Entscheidungsverfahren zum ordentlichen Entscheidungsverfahren.

Selbstverständlich müssen die Mitgliedstaaten und ihre nationalen Parlamente (sprich: die Parlamentarier) die eigene Effektivität steigern, um die diese Möglichkeiten des Lissabonner Vertrages zu nutzen. Ich habe den Eindruck, dass dies der Grund sein könnte, der in meinem – und nicht nur meinem – Land manche Abgeordneten zur ablehnenden Haltung gegenüber dem Vertrag bewegt.

Unabhängig von der verstärkten Rolle der nationalen Parlamente beinhaltet der Vertrag von Lissabon eine Reihe anderer Anregungen mit positivem Einfluss auf die Demokratie in der EU. Bedenken wir in erster Linie jene Vorschläge, die sich auf die Verstärkung der Position des Bürgers beziehen oder auf die Konkretisierung der Rolle der Staaten im Integrationsprozess. Seit dem Vertrag von Maastricht wird immer stärker die Stellung der Bürger in der Gesellschaft betont. Angestrebt wird auf ver-

schiedene Weise eine stärkere öffentliche Unterstützung für den Integrationsprozess. Man versucht auch, die Bürger direkt oder indirekt immer mehr in die Angelegenheiten des gemeinsamen Europas einzuspannen. Kurz: der Vertrag von Lissabon verstärkt die Position des Bürgers in der EU, seinen Einfluss sowie seine Rechte. Und er legt ihm natürlich größere Verantwortung auf.

Bislang bleibt die Europäische Union eine internationale Organisation. Ihre einzigen Mitglieder sind die Staaten, was ihnen natürlich einen wichtigen Status im Rahmen der Organisation verleiht. Die Union funktioniert nach dem Grundsatz, dass ihr die Macht von den Mitgliedsstaaten übertragen wird. Entscheidend ist also, dass den Mitgliedern eine entsprechende Teilnahme an den Entscheidungen der EU-Institutionen gesichert wird. Unanhängig von den Kontroversen ist meiner Meinung nach der Grundsatz der so genannten doppelten Mehrheit (in dem also die Zahl der Staaten und das demographische Potenzial der EU berücksichtigt werden) eine durchaus demokratische Lösung. Jedoch kann die Abstimmung nur bei gleichzeitiger Beachtung der Minderheitenrechte als demokratisch gelten. In diesem Kontext entwickelte sich in der Rechtsprechung und Praxis der EU der Begriff der so genannten „blockierenden Minderheit“. Der Vertrag von Lissabon bleibt bei diesem Konzept, entwickelt es sogar weiter und verstärkt es. Er hat positiven Einfluss auf die demokratische Legitimation der Union auch durch weitere Demokratisierung der strukturellen und prozessualen Lösungen auf der EU-Ebene. Zu erwähnen wäre beispielsweise in erster Linie das Streben nach einem möglichst repräsentativen Charakter solcher Funktionen, wie des Präsidenten des Europäischen Rates, des Präsidenten der Kommission und des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die mit qualifizierter Mehrheit gewählt werden.

Demokratisierung der EU vollzieht sich auch auf dem Gebiet der Recht schaffenden Prozeduren. Insbesondere hat man in Bezug auf die Ausarbeitung neuer Revisionsverträge beschlossen, dass in diesem Prozess ein Konvent einbezogen wird. Unter seinen Mitgliedern werden sich künftig Repräsentanten des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente und der Regierungen der Mitgliedsstaaten befinden.

Wie schon angedeutet, die demokratische Legitimation der EU ist deshalb so bedeutend, weil die Mitgliedsstaaten weitgehende Kompetenzen an die Union übertragen haben. Sie müssen nun ihrerseits demokratischen Ein-

fluss auf die Ausübung dieser Kompetenzen behalten. Gleichzeitig ist auch ein stärkeres Engagement der Bürger selbst bei den Entscheidungen der Gemeinschaft notwendig, denn ihre Funktionalität und ihr Sinn hängen weitgehend von dem öffentlichen Verständnis und von der Akzeptanz für die Integrationsidee ab. Der Erfolg der EU hängt damit zusammen, inwieweit sich die Bürger mit ihr identifizieren und emotional wie auch praktisch in die gemeinsamen Angelegenheiten involviert sind. Kurz: inwieweit sie bereit sind, die Verantwortung für Europa zu übernehmen.

Der Vertrag von Lissabon macht einen Schritt in diese Richtung. Man muss sich dabei bewusst sein, dass die EU selbst kein Staat ist. Daher können ihre demokratischen Mechanismen nicht direkt mit jenen korrespondieren, die wir aus der Definition der Demokratie als einer staatlichen Organisationsform kennen. Unsere Erwartungen hinsichtlich der demokratischen Legitimation der EU müssen also immer ihren spezifischen Charakter berücksichtigen.

Trotz der vielen Probleme auf innenpolitischer und europäischer Ebene sehe ich Anlass zu einem gemäßigten Optimismus. Vieles wird jedoch davon abhängen, ob der Lissabonner Vertrag in Kraft tritt. Es ist schade, dass in den Diskussionen, die man ihm widmet, so wenig über seine Rolle für die Verstärkung der Demokratie gesprochen wird. Vielleicht ist es also unsere Verantwortung, daran zu erinnern.

„EUROPA HAT EINE HUMANISTISCHE UND CHRISTLICHE KULTUR“

Rocco Buttiglione



Verehrter Herr Präsident des Europäischen Parlaments, lieber Hans-Gert Pöttering, sehr verehrte Frau Professor Neuss, lieber Władysław Bartoszewski, meine Damen und Herren Vertreter des Bundestages!

Es ist mir eine Ehre und eine Freude, heute mit Ihnen einige Gedanken über die jetzige Lage und über die Zukunft der Europäischen Union auszutauschen. Ich muss Ihnen, Frau Neuss, gratulieren zu diesem wunderschönen Titel: Europa heißt Freiheit.

Als Philosoph muss ich mir die Frage stellen, was heißt Europa, was heißt Freiheit eigentlich? Es scheint mir, dass die erste fundamentale Bedeutung dieses Satzes ist, dass wir nur alle zusammen frei sein können. Was uns die Geschichte gelehrt hat, ist, dass die Zeit, in der wir leben, die Zeit dieses neuen Jahrhunderts, die Zeit des 21. Jahrhunderts, die Zeit der großen Politik ist, die Zeit der kontinentalen Politik.

Wenn wir ein klares Wort, ein gewichtiges Wort über Krieg und Frieden, über wirtschaftliche Entwicklung, über die Rettung unserer natürlichen Umgebung sprechen wollen, dann nur alle zusammen. Benjamin Franklin hat einmal zu

Beginn der amerikanischen Revolution geschrieben: „Entweder wir werden alle zusammen gehängt oder einer nach dem anderen.“ Es scheint mir, dass dies in Europa heute so gilt, weil Einzeltaten von Ländern nicht mehr die Dimension, die Kraft und die Möglichkeit besitzen, um einen echten Einfluss auf die Entwicklung unserer gemeinsamen menschlichen Geschichte zu haben. Italien hat es nicht, Deutschland auch nicht und sogar Großbritannien nicht, wenn auch den Engländern es schwer fällt, dies anzunehmen, aber so ist die Wirklichkeit. Alle zusammen? Ja, alle zusammen.

Wir haben ein entscheidendes Wort über die Zukunft der Erde gesprochen, über das Thema Klimawandel. Alle zusammen. Auch zur Zeit der Aggression Russlands gegen Georgien. Zu jener Zeit haben wir ein entscheidendes Wort gesprochen und wir konnten die russische Aggression aufhalten. Sie sind nicht so weit gegangen, wie sie es tun wollten. Nicht die Vereinigten Staaten – Europa! Weil Europa ein Partner der russischen Wirtschaft ist, viel wichtiger als die Vereinigten Staaten. Wir könnten im Prinzip ein ähnlich gewichtiges Wort in vielen anderen Bereichen für die Erlangung des Friedens aufbringen, wenn wir nur fähig wären, ein solches Wort alle zusammen auszusprechen. Dies gilt auch für den gemeinsamen Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Dies gilt auch für das ebenso wichtige Thema von Einwanderung nach Europa und für die wirtschaftliche Entwicklung in der Welt heute. Dies gilt auch für die ökonomische Krise, in der wir heute leben. Wir brauchen Zusammenarbeit, weil wir sonst nicht die Möglichkeit, die Fähigkeit haben, unsere Freiheit zu behaupten.

Europa heißt Freiheit und dazu kommt ein anderes sehr eng verknüpftes Thema: die Verantwortung von Demokraten. Denn eine weitere Frage könnte sein: Was heißt eigentlich Freiheit? Es gibt die Freiheit des Genusses, die Freiheit der Selbstsucht oder es gibt die Freiheit der Person, und die Freiheit der Person wächst bekanntermaßen zu anderen Personen in der Schaffung einer Gemeinschaft. Die Frage der Person wächst durch die Verantwortung, indem wir Verantwortung für unsere eigenen Handlungen annehmen, aber auch indem wir Verantwortung für die Anderen tragen.

In diesem Moment müssen wir uns in Europa über dieses Thema der Freiheit streiten. Es ist ein politisches Thema. Es gibt Einige, die eine Freiheit vertreten, die gerade die Idee der Selbstsucht und der egoisti-

schen Freiheit ist. Wir müssen für die echte Freiheit der Person plädieren. Das ist das Thema Familie. Heute ist die Familie jene Institution, in der einem sein Zusammenhang mit anderen Menschen bewusst wird. Die Familie als der Ort, wo das transzendente Ich geboren wird, wo ich lerne, dass ich mit anderen leben soll, dass ich nach Regeln mit Anderen verkehren soll, dass ich nur mit den Anderen ein gemeinsames Gut haben kann, bestimmen kann. Die Familie ist heute in Europa bedroht. Ich behaupte, dass wir als Christdemokraten den Kampf für den Erhalt der Familie heute aufnehmen müssen. Es war sehr wichtig, was im letzten Büro der Europäischen Volkspartei geschehen ist, als wir alle einstimmig gesagt haben, dass die Werte und Prinzipien, die wir in Berlin 2004 ausgesprochen hatten, immer noch gelten. Unter ihnen ganz besonders die Idee der Ehe als die Einigung eines Mannes und einer Frau. Das ist ein Thema. Nicht alle denken dasselbe über dieses Thema.

Es fehlt ein bisschen der offene politische Kampf in Europa, und gerade deshalb ist es schwierig für die Bürger, sich leidenschaftlich für Europa zu interessieren, weil es nicht klar ist, worum es geht, was das Thema ist.

Freiheit und Verantwortung: Verantwortung heißt Familie und Verantwortung heißt zugleich, dass wir nicht an ein Europa denken wollen, wo es nur das vereinzelte Individuum und den Staat gibt. Verantwortung zusammen mit Freiheit heißt bürgerliche Gesellschaft. Eine bürgerliche Gesellschaft, wo die Menschen miteinander zusammenkommen, um für die eigenen Interessen zu werben, um für sich zu arbeiten, um miteinander bessere Zustände für die eigene Entwicklung zu schaffen. Wo der Staat nicht die Funktion hat, für alles zu sorgen, auf alle Fragen eine Antwort zu geben. Aber wo der Staat die wichtige Funktion hat, die Solidarität unter den Menschen zu koordinieren, den Menschen Quellen, Ressourcen zukommen zu lassen, damit sie für sich die eigenen Probleme lösen können.

Es gibt eine Kultur, die vor einem Problem immer wieder sagt: „Ach, machen wir eine Massendemonstration! Der Staat oder Europa muss etwas machen.“ Es gibt eine andere Kultur, unsere Kultur, die vor einem Problem sagt: „Ja, was darf ich sagen, was kann ich sagen, was kann ich mit meinen Freunden, mit meiner Familie, mit meiner Gemeinde, in meinem Bezirk tun? Und später werden wir auch zum Staat gehen, zu Europa gehen und von Europa und vom Staat erbitten, dass sie uns zu Hilfe kommen. Aber wir tragen die erste Verantwortung.“ Ohne eine solche

Kultur verliert ein Wort an Bedeutung, das uns sehr nahe liegt, ein Wort, das wir sehr lieben, das Wort Subsidiarität.

Wir können nur Subsidiarität haben in einer Gesellschaft, wo die Menschen die Verantwortung für sich und für die Anderen tragen. Was soll sonst ein Mensch, der nur vereinzelt lebt, der keine Familie hat, der keine Freundschaften pflegt, was soll dieser Mensch tun? Er kann nur auf die Hilfe des Staates zurückgreifen und der Staat wird immer mächtiger. Darf dieser Staat allen Bedürfnissen der Menschen eine Antwort geben? Ja natürlich, aber nur, wenn der Staat über alle Hilfsquellen, über alle Märkte verfügt. Ein allmächtiger Staat darf, kann auf alle Bedürfnisse der Gesellschaft eine Antwort geben, aber vielleicht nicht die Antwort, die die Menschen in jeder Gesellschaft haben wollen. Das ist, was Herr Bartoszewski in Polen ganz klar sehen musste.

Es ist eine Zeit des Kampfes. Es gibt jene, die eine gewisse Idee des Menschen haben und deshalb auch eine gewisse Idee der Politik, und jene, die eine ganz andere Idee der Politik haben. Deshalb ist die europäische Wahl so wichtig, gerade weil bei dieser Gelegenheit wir uns entscheiden sollen. Die Leute werden dies verstehen, wenn die Themen ihnen klar vor Augen gestellt werden.

Eine dritte Bemerkung betrifft die Notwendigkeit, auch an die Vergangenheit zu erinnern. Wir sagen, Europa heißt Freiheit, ja, weil wir nur allein nicht frei sein können. Ich würde hinzufügen, weil wir nur alle zusammen den Frieden bewahren können, weil Europa zugleich Frieden heißt. Jetzt ist die Freiheit bedroht und der Frieden ist bedroht. Wir leben in einer Zeit der Krise. Ich habe mir oft, als ich jünger war, die Frage gestellt: Waren unsere Väter so viel böser als wir, dass sie so viele Kriege gemacht haben? Als ich die Geschichte studiert habe, ist mir die Antwort gekommen: nein. Sie sind vor Herausforderungen gestellt worden, denen sie nicht gewachsen waren. Denken Sie an eine Welt, in der es kein Europa gibt. Denken Sie an eine Welt, in der eine große ökonomische Krise vorherrscht, an eine Welt, in der jeder Staat versucht, die Wohlfahrt der eigenen Leute, der eigenen Bevölkerung abzusichern, indem er sich gegen die Anderen abschottet, indem er die Rohmaterialien in Ländern sucht, die er militärisch kontrolliert, und auch die Absatzmärkte für die eigene Industrie. In einer solchen Welt ist Krieg fast unvermeidlich.

Jetzt in dieser Krise sind wir vor eine große Herausforderung gestellt. Sind wir fähig, wieder die Idee der Globalisierung aufzunehmen? Die Idee einer Globalisierung, wo die Menschen auf dem freien Markt für das eigene Wohl, für die eigene Wohlfahrt arbeiten können? Wo der Wettbewerb der Nationen auf dem Markt stattfindet und nicht mit militärischen Mitteln und mit dem Staat? Können wir wieder die WTO-Doha-Runde in Bewegung setzen? Es ist nicht nur eine Sache, die eine kaufmännische Relevanz hat. Es ist eine Sache des Krieges und des Friedens. Wollen wir wieder dem Protektionismus zum Opfer fallen? Tun wir das? In zwanzig oder dreißig Jahren könnten wir uns gerade in derselben Situation wiederfinden wie die frühere Generation.

Europa heißt Frieden. Und Frieden heißt, dass wir mutig für eine Welt kämpfen sollen, in der mehr Wohlfahrt für alle Länder möglich ist, in der andere Völker wachsen können, ohne für dieses Wachstum gegen uns kämpfen zu müssen. Das ist eine andere Stimme. Deshalb brauchen wir Europa.

Dazu kommt das Thema Einwanderung. Wir haben eine Identität. Dieses Land Europa hat eine humanistische und christliche Kultur. Es gibt ein Verhältnis, einen Bezug zwischen diesem Land und dieser Kultur. Jene, die zu uns kommen, müssen das wissen. Jene, die zu uns kommen, müssen bereit sein, unsere Kultur zu respektieren, sogar zu lieben. Kann ein Mensch eine Kultur lieben, die nicht die eigene ist? Ja, warum nicht. Ich war einmal bei meinem Freund in Washington zu Chanukka, einem Fest der Juden. Ich habe versucht, daran teilzunehmen, aber mein Hebräisch ist nicht sehr gut, deshalb habe ich das gemacht, was ich konnte, um teilzunehmen, und ich habe sehr die kulturelle Bedeutung dieses Ereignisses geschätzt, auch teilweise die religiöse Bedeutung, weil Judentum und Christentum sich religiös auch teilweise decken.

Warum können Andere nicht dieselbe Haltung unserer Kultur gegenüber haben? Wenn Einige das Kreuz als eine Schande betrachten, dann ist es vielleicht besser, dass sie nicht kommen. Die werden glücklicher sein und wir auch. Die größte Gefahr für unsere Identität sind aber nicht die Mohammedaner. Die größte Gefahr, das sind wir. Wir haben uns daran gewöhnt zu denken, dass die Empfindlichkeit ein leerer Raum sein soll, aber es gibt keinen leeren Raum. Raum hat immer eine Bedeutung. Er ist immer durch Werte besetzt. Der eben verstorbene Professor Richard Neuhaus, ein großer Freund von mir, hat ein sehr bedeutendes Buch

gerade über dieses Thema geschrieben, *The Naked Public Square*. Es ist unmöglich, dass eine Gesellschaft überleben kann, wenn der öffentliche Raum bedeutungslos wird. Dann wird eine Gesellschaft von sich selbst entfremdet, enttäuscht und Andere werden kommen und diesen Raum besetzen, und wir werden nicht mehr den Mut haben, unseren Raum selbst zu besetzen.

Es gibt eine Art Selbsthass der Europäer gegen sich selbst. Das hat Josef Ratzinger gesagt. Ja, es ist wahr und wir müssen jetzt den Mut aufbringen, um uns die Frage zu stellen: Warum sind wir Europäer? Was sind die Merkmale unserer europäischen Kultur? Der Kampf für die christlichen Wurzeln Europas war nicht ein konfessionelles Thema, es war ein Versuch, auf die Frage zu antworten: Was sind die Europäer? Warum müssen wir zusammenstehen? Was verbindet uns? Ich sage nicht, dass unsere die einzig mögliche Antwort war, aber die Anderen haben keine Antwort auf die Frage. Die Anderen haben die Idee von Europa, in der man keinen kulturellen Bund mit Anderen zu haben braucht, wo isolierte Menschen zusammenleben, weil sie dadurch einen Nutzen haben. Aber eine solche Gesellschaft ist die absolut entfremdete Gesellschaft. Wir brauchen die Gemeinschaft, wir müssen Gemeinden schaffen. Wir müssen uns unserem kulturellen europäischen Erbe bewusst werden.

Sehr schön ist, was Herr Bartoszewski gesagt hat: Wir brauchen vorerst, dass der Lissabon-Vertrag angenommen wird. Er ist unentbehrlich, sonst ist es unmöglich, Europa zu regieren. Mit den Regeln von Nizza und 27 Mitgliedsstaaten ist es sehr schwer und Wenige wissen es so gut wie Präsident Pötering. Wir brauchen so schnell wie möglich den neuen Vertrag. Aber später, sofort danach müssen wir wieder über Rechte, über Werte sprechen. Wir brauchen eine echte Verfassung. Der Vertrag ist noch nicht eine echte Europäische Verfassung. Wir brauchen eine Europäische Verfassung und wir müssen den Mut haben, dies klar zu sagen und eine Diskussion anzuzünden. Sonst laufen wir in Gefahr, dass die Leute uns nicht verstehen. Die Leute verstehen nicht, warum sie Europa brauchen. Wir müssen ihnen das sagen, klar sagen. Die jetzige Lage ist eine gefährliche, aber es ist auch eine Gelegenheit. Sie gibt uns eine große Möglichkeit, weil es früher einen großen Anti-Europäismus gab.

Wie viele Polemiken gegen die Abgeordneten in Brüssel, die zu viel verdienen! In Italien war das zumindest ein großes Problem. Wie viele Polemiken gegen die Bürokratie von Brüssel! Die waren zum Großteil auch

gerechtfertigt. Es ist wahr, es gibt viele Gründe, um die Bürokratie von Brüssel zu tadeln, aber der Kernpunkt der Polemik waren nicht die Unzulänglichkeiten des europäischen Baus. Nein, der richtige Grund war, dass wir davon überzeugt waren, dass wir die Union nicht brauchen.

Und was den Weltmarkt betrifft, inwieweit der Weltmarkt reguliert werden muss, das werden doch die Amerikaner tun! Und was den Weltfrieden betrifft, so werden die Amerikaner sich schon darum kümmern! Die Ereignisse dieser letzten Monate haben uns alle verunsichert. Wir wissen, dass die Amerikaner nicht reichen. Natürlich, man kann nicht auf Frieden in der Welt hoffen, ohne den Beitrag der Amerikaner, aber die Amerikaner allein können nicht mehr unsere Werte bewahren. Es ist ihnen unmöglich. Die Last ist zu schwer geworden. Entweder sind wir fähig, auch unseren Teil dieser Last zu tragen und natürlich mit einem erhöhten Recht auch unsere Meinung auszusprechen, wenn wir behaupten, dass die Amerikaner Fehler machen, was manchmal vorkommt, oder wir gehen alle zugrunde.

Dies sind die Themen, die wir meines Erachtens bei dieser Gelegenheit vor die Wähler stellen sollten. Wir brauchen Europa. Es ist nicht mehr wahr, dass jede Nation sich ganz allein bewahren kann innerhalb einer alles umfassenden amerikanischen Hegemonie. Wir müssen als Europäer unsere Verantwortung übernehmen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

DIE REDNER

Prof. Dr. Beate Neuss, geboren 1953 in Essen, Professorin für Internationale Politik an der TU Chemnitz und stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, geboren 1945 in Bersenbrück, Präsident des Europäischen Parlaments.

Prof. Wladyslaw Bartoszewski, geboren 1922 in Warschau, Außenminister a.D., Staatssekretär und Bevollmächtigter des polnischen Premierministers für den internationalen Dialog.

Prof. Dr. Rocco Buttiglione, geboren 1948 in Gallipoli (Apulien), Präsident der Unione dei Democratici Cristiani e Democratici di Centro (UDC) und stellvertretender Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Norbert Beckmann-Dierkes
Europa/Nordamerika-Abteilung
Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstr. 23
Tel.: +49(0)-30-2 69 96-33 70
E-Mail: norbert.beckmann-dierkes@kas.de*